

blick nach rechts

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 17 20. August 1997

→ **Rechtspopulisten im Wahlkampf** Seite 2

Der „Bund Freier Bürger“ hat Hamburg mit Stellschildern und großformatigen Plakaten gegen den Euro vollgepflastert. Unterstützung erhält die Brunner-Partei auch von dem FDP-Rechtsaußen Heiner Kappel.

→ **Beistand für Kriegs- verbrecher** Seite 5

Von bundesdeutschen Rechtsextremisten aller Schattierungen wird der kürzlich in Italien verurteilte Erich Priebke als Märtyrer verehrt. Der frühere SS-Hauptsturmführer ist angeblich Opfer „politischer Justiz“.

→ **Standort- Nationalismus** Seite 7

In der Programmatik zur Zukunft Deutschlands nähern sich Neoliberalismus und modernisierter Rechtsextremismus zunehmend einander an. Das Credo lautet heute nicht mehr Volk, Nation und Familie, sondern Markt, Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung.

→ **Firmendämmerung** Seite 10

Deutsche Unternehmen haben damit begonnen, ihre eigene Rolle während der NS-Zeit untersuchen zu lassen. Am Zuge ist nun auch die Bundesregierung, die noch lebenden Opfer des Holocaust in Mittel- und Osteuropa endlich zu entschädigen.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Wahlkampf nach dem Motto:
„Nicht kleckern, sondern klotzen“

„Hamburg wählt den Euro ab!“

Der rechtslastige „Bund Freier Bürger“ macht in Hamburg Wahlkampf mit Themen wie Innere Sicherheit, Schulpolitik und natürlich gegen den Euro. Unterstützung erhält die Brunner-Partei auch von dem FDP-Rechtsaußen und hessischen Landtagsabgeordneten Heiner Kappel.

Die Börsenbrücke, direkt am Rathaus gelegen, ist eine teure Adresse in Hamburg. Dort hat der lokale Ableger des „Bund Freier Bürger“ sein Domizil. Im Schaufenster wird angekündigt, daß man drinnen seine Unterschrift für einen Volksentscheid gegen den Euro leisten könne. Wer dies tun will, muß zunächst die kritischen Blicke etlicher muskulöser Herren bestehen, die auch im weniger vornehmen St. Pauli als Türsteher einschlägiger Etablissements akzeptiert werden würden.

Trotz der Vorsichtsmaßnahmen herrscht Ängstlichkeit vor. Ein Journalist wird ultimativ aufgefordert, eine Taschenkontrolle zuzulassen. Bei der Mehrzahl der Anwesenden wird dies nicht für nötig gehalten. Gediegene Kleidung, auffälliger Schmuck und edle Parfums dominieren. Hier treffen sich nicht die Modernisierungsverlierer, hier gibt es ein Stelldichein der Wohlstandschauvinisten. Man kennt sich im 60köpfigen Publikum, man weiß sich einer Meinung, man erwartet dies auch vom angekündigten Referenten des Abends. Heiner Kappel von der Konkurrenz, der FDP, soll zum Thema „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – wirklich?“ sprechen.

Nein, man sei wirklich nicht rechts oder gar rechtsradikal, wie dies die Medien oft und falsch behaupteten, betont ein Funktionär gegenüber den bekannten Fremdkörpern. Er selbst habe bei der letzten Bürgerschaftswahl die STATT-Partei gewählt und zuvor immer die SPD. Man sei einfach national und liberal und wolle, daß stärker auf das Volk gehört werde. Wie es dann aber mit dem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Kristof Berking (32) stehe, wollen wir wissen. Dieser habe doch mit seiner Tätigkeit als Kulturredakteur bei

der „Jungen Freiheit“ und seinen Video-Veröffentlichungen beim rechtsextremen Arndt-Verlag nicht gerade Distanz zu jenen Kräften rechtsaußen erkennen lassen. Man müsse sich schließlich nicht mit den Ansichten jedes Mitglieds identifizieren, lautet die etwas verlegene Antwort. Daß ein Landesvorsitzender nicht ein x-beliebiges Mitglied ist, wird ihm offenbar im gleichen Moment bewußt. Der Ansprechpartner ist urplötzlich verschwunden.

Stelldichein des Wohlstands

Weder die Kandidatenliste, noch das 10-Punkte Wahlprogramm kann uns zur Verfügung gestellt werden, da beides erst am Vortag verabschiedet worden sei. Drei der Punkte kann der zuvorkommende BFB-Aktivist sogar aufzählen: Innere Sicherheit, die Schulpolitik und selbstverständlich der Euro. „Hamburg wählt den Euro ab!“ lautet die Wahlkampfparole. Die Stadt ist gepflastert mit Stellschildern und großformatigen Plakaten, von denen dieser Slogan prangt. Zu diesem Thema gibt es auch Berge von Material. Nach konkreten Aussagen, die die reichlich vorhandenen Hamburger Probleme betreffen, sucht man vergeblich.

Auch der Hesse Heiner Kappel, dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP, bundesweit bekanntgeworden als Sprecher der Liberalen Offensive, wird sich dazu nicht äußern. Diese fraktionäre Gruppierung will der Gesamtpartei einen Platz rechts von der CDU verschaffen und demonstriert dabei immer wieder Kooperationsbereitschaft mit dem rechten Rand des politischen Spektrums. Allgemein wird angenommen, daß die Liberale Offensive nur auf einen vorzeigbaren Erfolg des BFB wartet, um dann öffentlichkeitswirksam den Übertritt zu vollziehen. Kappel selbst erklärte unlängst, daß er bis September ein Gespräch mit Parteichef Gerhardt führen wolle, das Klarheit über seine politische Zukunft bringen werde.

Auch Kappels Staatsfeind Nr. 1 ist der Euro, gegen dessen Einführung er seit einiger Zeit versucht, eine Mitgliederbefragung in der FDP zu initiieren. Daß die Parteispitze alles unternimmt, dies zu verhindern, ist für ihn ein Symptom. Ein Symptom für einen sich beschleunigenden Demokratieverfall, der dieses Land zu einer Scheindemokratie gemacht habe. Ein Symptom sei es auch, daß das Volk nicht über den Euro abstimmen dürfe. Das Volk sei eigentlich überflüssig. Die politische Debatte sei in Wirklichkeit ein Medienspektakel, Regierung und

Opposition ritualisierten Scheingegensätze, die den tatsächlichen Grundkonsens verschleiern sollen. Die FDP habe sich dem linksliberalen Zeitgeist verschrieben.

Darauf, daß Kappel mit dem BFB mehr verbindet als es Trennendes gibt, weist Landesvorsitzender Berking gleich bei der Vorstellung hin. Dem Publikum ist dies bekannt, und es begrüßt den Referenten mit frenetischem Beifall. Zwar hatte sich der BFB in den Wochen zuvor nicht lumpen lassen und nahezu seine gesamte Parteiprominenz herbeigekarrt, doch Kappel vermittelt den Zuhörenden das Gefühl, daß es Verbündete außerhalb der Partei und jenseits des stigmatisierten rechtsextremen Spektrums gibt.

Rechts kommt von richtig

Der Gymnasiallehrer und Pastor Kappel kennt die Erwartungen seines Publikums und ist nur zu gern bereit, ihnen zu entsprechen. In seiner Partei gehe man davon aus, daß jeder käuflich sei. Ihm aber gehe es um die Sache. Der Geist des Volkstribunen schwebt durch den Raum. Eines Tribunen mit Elitebewußtsein. Heutzutage dürfe doch jeder studieren, der bis drei zählen könne, beklagt sich Kappel. „Was ist das bloß für ein Land geworden?“, fragt er immer wieder. „Ist es denn wirklich normal“ lamentiert er, „daß wir uns zu fein sind, unseren Dreck selbst wegzumachen und deshalb Fremde ins Land holen?“

Es sei richtig gewesen, so erklärt er, daß die bosnischen Flüchtlinge aufgenommen worden seien. Leichte Unruhe. Aber nun sei es für sie Zeit zurückzukehren. Aufatmen, Beifall. Schließlich hätten wir Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auch nicht auf Mallorca so lange gewartet, bis die Heimat wieder aufgebaut worden sei. Hier wiederhole sich das „Asylunrecht“. Deutschland habe pro Jahr weit über hunderttausend Menschen aufgenommen, Frankreich wenige tausend, Italien ganze 570. Die Botschaft wird verstanden: Genug ist genug! Tosender Beifall. Nein, dieses Land sei nicht mehr normal, schlußfolgert Kappel traurig und begibt sich wieder auf seinen Platz.

Parteiführer Brunner ist glücklich. Man wolle Kappel nicht vereinnahmen, beteuert er treuherzig. Denn das, womit man geistig bereits vereint sei, könne man nicht vereinnahmen. Außerdem müsse endlich mal gesagt werden, daß rechts von richtig komme. Heiner Kappel und Landeschef Berking lächeln einträchtig.

Der „Bund Freier Bürger“ ist kein Hamburger Eigengewächs. Wohlwollende Schätzungen gehen von wenigen Dutzend Aktivisten in der Hansestadt aus. Die „Schlacht um Hamburg“ prognostiziert die „Junge Freiheit“, und pünktlich zu dieser Schlacht hat der BFB seine örtliche Führungsmannschaft umstrukturiert. Der bisherige Landesvorsitzende, der 64jährige Georg Ohrtmann, mußte ins zweite Glied rücken. Neben dem jüngeren, aber ebenso farblosen Nachfolger Berking, der in der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“ über die regionale Neuordnung Deutschlands (unter Einbeziehung des Memellandes, des Elsaß und Lothringens) philosophierte, bildet mit dem 22jährigen Dirk Garz ein weiterer Newcomer das dritte Glied der Führungstroika.

Aber das Personal wird kaum Einfluß auf Erfolg oder Mißerfolg haben. Die Chancen werden in externen Faktoren gesehen. Die STATT-Partei, bisheriger Koalitionspartner der SPD in der Bürgerschaft, befindet sich im rasanten Verfall. Niemand traut ihr eine Wiederholung des Erfolgs von 1993 zu. Von den „Republikanern“, die vor vier Jahren mit 4,8 Prozent knapp an der Sperrklausel scheiterten, erwartet der BFB Zugewinne, denn wenige Wochen vor dem Wahltermin sind sie im Straßenbild nicht präsent und wirken mutlos. Von den gewohnten Querelen ist auch der Hamburger Landesverband nicht verschont geblieben. Weitere Zuwächse werden aus dem schmalen Potential der FDP erhofft. Über deren Koalitionsaussage für die SPD freut man sich beim BFB.

Der große Unbekannte auf der Seite der Ultras ist der BFB. Der Wahlkampf der Etablierten dürfte ihm eher nützen. Die von ihnen vorgegebenen Themen wie Innere Sicherheit, Standort Hamburg und Drogenproblematik lassen an Rechtspopulismus nichts zu wünschen übrig.

Jean Cremet/Andreas Speit

BFB-Kandidaten

Hamburg – Spitzenkandidat des „Bundes Freier Bürger“ bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September d.J. ist der BFB-Landesvorsitzende Kristof Berking. Auf weiteren Plätzen folgen Elke Wörmers (Psychotherapeutin), Ulrich Schacht (Redakteur Welt am Sonntag), Lothar Anders (Bankangestellter), Joachim Richter (Rechtsanwalt), Frank Heymann (Dipl.Kfm), Joachim Kłowski (Oberschulrat a.D.), Heinrich Vehring (Augenarzt).

Entscheidung im Koblenzer Neonazi-Prozeß

„Für Rückfall keine Gefahr“

Nach knapp zweijähriger Verhandlungsdauer wurde in Koblenz der Prozeß wegen Fortführung der 1992 verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative“ beendet. Die Staatsschutzkammer des Landgerichts in Koblenz verurteilte den 25jährigen Michael Petri, er wurde von dem Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Hans-Otto-Sieg verteidigt, zu einer Jugendstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. Das Mainzer Gärtnerhepaar Ursula (63), Vorsitzende der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG), und Kurt (67) wurde freigesprochen. Oberstaatsanwalt Norbert Weise hatte eine neunmonatige Bewährungsstrafe und eine Geldbuße in Höhe von 5 000 Mark für Petri sowie jeweils sieben Monate Haft für das Ehepaar Müller, verteidigt durch die Anwälte Wingerter, Heilbronn, und Johansen, Koblenz, gefordert. Die Staatsanwaltschaft kündigte Revision gegen die Entscheidung ein.

Mit 16 Angeklagten war das Hauptverfahren am 29. September 1995 (vgl. BNR 21/95) eröffnet worden. Zehn wurden im vergangenen Oktober freigesprochen. Einer der Angeklagten erhielt eine Verwarnung und wurde zu einer Geldbuße verurteilt. Die Hauptverhandlung umfaßte insgesamt 81 Verhandlungstage, das Urteil wurde erst im dritten Anlauf gefällt.

Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft 18 Neonazis aus Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg angeklagt. Darunter dubiose Gestalten wie der inzwischen in Naumburg/Saale aktive Anti-Antifa-Aktivist Sascha Chaves-Ramos (24) oder der Gründer der „Aktionsfront Nationaler Kameraden“ (ANK), der späteren kurzlebigen „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“, Manfred Huck (33). Weiterhin gehörten Sascha Dumler (19), die Nazi-Skins Marco Grün (27) und Christian Hehl (28), Peter Hübner (33), Reinhard Hufnagel (23), Thomas Koudsi (22), das HNG-Mitglied Volker Müller (33), die 25jährigen Zwillingbrüder Andreas und Thorsten Orf, der Hooligan Mike Ostwald (25), René Rodriguez-Teufer (23), der NPD-Funktionär Rüdiger Werner (38) und Andreas Werth (23) zu den Angeklagten. Ihnen wurde vorgeworfen, die am 8. Dezember 1992 verbotene „Deutsche Alter-

native“ fortgeführt zu haben. Zunächst diene die seit 1992 bestehende ANK als Vehikel, danach die im Juli 1993 gegründeten und von Michael Petri geführten „Deutschen Nationalisten“ (DN). Belegt wurde die Fortführung der Aktivitäten von der Staatsanwaltschaft mit der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Kontinuität von der DA über die ANK zur DN. Kurt und Ursula Müller waren wegen Beihilfe angeklagt. Auf ihrem Gelände in Mainz-Gonsenheim fanden regelmäßig mittwochs die Kameradschaftsabende statt. Nach Überzeugung des Gerichts sei das Ehepaar Müller jedoch nicht in die Pläne Petris eingeweiht gewesen. Es liege also nicht nur ein „Verbotsirrtum, sondern auch ein Tatbestandsirrtum“ vor. Deshalb wurden die beiden freigesprochen.

„Künftig leben und Geld verdienen“

Die „Deutsche Alternative“ war 1989 als Teil der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) um den inzwischen verstorbenen Michael Kühnen gegründet worden. Gründungsvorsitzender war der ehemalige FAP-Landesvorsitzende in Bremen, Heinz Werner Seeger. Zwei Jahre später wurde Frank Hübner (31), Bruder des angeklagten Peter Hübner, DA-Bundesvorsitzender. Die meisten der 350 Mitglieder zum Verbotszeitpunkt gehörten den ostdeutschen Landesverbänden Brandenburg, Sachsen und Berlin an. Im Westen existierten neben Bremen noch kurzfristig die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen. Die inzwischen inaktiven „Deutschen Nationalisten“ umfaßten die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Berlin und Bayern mit ungefähr 100 Mitgliedern. Der DN-Gründer und -Vorsitzende Michael Petri ist seit dem vergangenen Jahr erkennbar nicht mehr aktiv. Er will sich nach eigener Aussage von der neonazistischen Szene abgewandt haben und in Zukunft „leben und Geld verdienen“. Petri begann seine rechtsexreme Karriere laut Eigenangabe im Alter von 14 Jahren bei der „Deutschen Volksunion des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey (64) und wurde dort rasch Funktionär. 1989 nahm Petri Kontakt mit Michael Kühnen auf und wurde später DA-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Das Koblenzer Gericht bescheinigte Petri nun in seiner Urteilsbegründung, daß keine „Gefahr für einen Rückfall“ bestünde. Deshalb wurde auch von einer Geldstrafe abgesehen, da die hohen Prozeßkosten Strafe genug seien.

Beistand für Kriegsverbrecher „Keiner Schuld bewußt“

Für bundesdeutsche Rechtsextremisten aller Schattierungen gilt der frühere SS-Offizier Erich Priebke als Märtyrer und Opfer „politischer Justiz“.

Beim Geiselmassaker am 24. März 1944 in den Areatinischen Höhlen bei Rom wurden 335 Menschen zwischen 14 und 74 Jahren, darunter 75 Juden, ermordet als Vergeltung für den Tod von 33 Südtiroler Polizisten, die am Vortag bei einem Partisanenanschlag umgekommen waren. Das Massaker gilt als das schwerste Nazi-Kriegsverbrechen in Italien während der deutschen Besetzung Roms. Einer der Täter war der jüngst in Italien abgeurteilte SS-Hauptsturmführer Erich Priebke (geb. am 29. Juli 1913 in Berlin). Priebke (NSDAP-Mitgliedsnummer: 3280478), der vom norditalienischen Brescia aus auch Juden-Deportationen organisiert haben soll, war nach Kriegsende zwar gefangen genommen worden, verschwand jedoch im November 1946 spurlos aus dem Gefangenlager in Rimini. Organisiert wurde seine Flucht über die berüchtigte „Rattenlinie“ des Bischofs Alois Hudal.

Erst im Mai 1994 spürte ihn ein US-Fernsehteam im südargentinischen Anden-Kurort San Carlos de Bariloche, 1800 Kilometer von Buenos Aires entfernt, auf. Danach wurde Priebke, 1. Vorsitzender des Deutsch-Argentinischen Kulturvereins in Bariloche, von Argentinien an Italien ausgeliefert. In Bariloche, wo Argentinien „so richtig deutsch“ sei und die „Häuser wie in Oberammergau“ ausschauen (SPIEGEL), hatte Priebke seit 1954 jahrzehntelang unter seinem richtigen Namen gelebt. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich als allseits geachteter Besitzer eines Feinkostladens. Die braune Umgebung von Bariloche, ein beliebter Zufluchtsort von Nazis, hatte es Priebke angetan. Zeitweilig praktizierte dort der SS-Mediziner Josef Mengele als Badearzt, am Stadtrand wohnte der Vergasungsspezialist Walther Rauff, ebenfalls ansässig war der belgische SS-Mann Miguel Viene.

Seinen Wohnsitz in Bariloche hatte auch Juan Maler (=Reinhard Kopps), der vor 1945 dem von Wilhelm Canaris geleiteten militärischen Geheimdienst angehörte. Er beschäftigte sich dort vor allem mit der von den Nazis gehaßten Freimaurerei. In Bulgarien und Albanien kämpfte Kopps aktiv gegen

Partisanen. Vor seiner Flucht nach Argentinien, wo er Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung „Der Weg“ wurde, arbeitete Kopps im Büro Hudals, ganz in der Nähe des Vatikans. Dort war er zuständig für die Ausstellung der Papiere (Paß vom Roten Kreuz, ein Visum des Einreiselandes und ein Ausweis). Auch die Papiere für Priebke gingen durch seine Hände.

Freundschaftlich sind sich die beiden heute nicht mehr verbunden - war es doch Kopps, der das US-TV-Team auf die Fersen von Priebke heftete, um von seiner Person abzulenken.

Beim esoterisch veranlagten Flügel des bundesdeutschen Rechtsextremismus ist Kopps alias Maler keine unbekannte Größe. Kopps hält nicht nur die Juden, sondern auch die Freimaurer für die Feinde der Menschheit. In seinen Werken „Rette sich wer kann“, „Die Unvollendete“ und „Eine utopische Weltordnung“ verteidigt er ebenso die Colonia Dignidad in Chile. Beiträge von Maler sind auch in der Zeitschrift „Nation“ und in der Schrift „Der Bismarck-Deutsche“ nachzulesen. Nach der Verhaftung Priebkes floh er ins südchilenische Osorno. Sein derzeitiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

„Deutsche Botschafter begrüßt“

Priebke wird seit seiner Verhaftung in rechtsextremen Kreisen als Gralsgestalt verehrt. Regelmäßig ist er monatlich auf der „Gefangenenliste“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) aufgeführt. Der politisch Ewiggestrige unterhält auch selbst weiterhin intensive Kontakte zu gleichgesinnten Kreisen.

So wurde in den neonationalsozialistischen Blättern „Freie Stimme“ („Sauerländer Aktionsfront“) und in „Einheit und Kampf“ („Junge Nationaldemokraten“) unlängst ein Brief Priebkes an seinen Gessinnungskameraden Erhard Kemper (alias „Germanicus“), einst nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der zwischenzeitlich verbotenen FAP, veröffentlicht. Priebke schreibt, daß niemals in der jüngeren Geschichte „ein Besiegter nach mehr als 50 Jahren des Kriegsendes für eine damals legale Kriegsmaßnahme vor ein Gericht gestellt worden“ sei. Der Alt-Nazi bekennt: „Ich habe allen deutschen Botschaftern, die nach Bariloche kamen, die Hand gedrückt, habe deutsche Delegationen und deutsche Besucher empfangen und war auch vor den argentinischen Behörden der offizielle Vertreter der deutschen Landsmannschaft von Bariloche.“

Betreut wird Priebke seit seiner Auslieferung nach Italien, dies ergaben Recherchen des Magazins STERN, von Mitgliedern der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“. Prominentestes Mitglied der „Stillen Hilfe“, in der rund 40 Alt-Nazis und ehemalige Angehörige der Waffen-SS organisiert sind, ist Gudrun Burwitz, Tochter des früheren Reichsführers SS, Heinrich Himmler. Diese und der frühere SS-Mann Günter Stübiger, Verfasser eines Berichtes über den Schwammberger-Prozeß beim „Deutschen Rechtsschutzbund“ (Bochum) sowie Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“, kümmern sich um ihn.

Juristisch stehen bzw. standen Priebke seit 1994 u. a. die Rechtsanwälte Pedro Bianchi, unter Perons Herrschaft in Argentinien Mitarbeiter des Diplomatischen Dienstes, und Günther Herzogenrath-Amelung, bundesdeutscher Szeneanwalt für Rechtsextremisten und Holocaustleugner, zur Seite.

Unterstützt, so das Nachrichtenmagazin FOCUS, soll Priebke von dem Düsseldorfer Unternehmer Heinrich Wirtz werden.

Solidarität mit Priebke bekunden regelmäßig auch die „Nationalen Infotelefone“ (NIT).

In einer Ansage des „Nationalen Infotelefon Franken“ heißt es: „Eine bestimmte Sorte Menschen verfolgen anständige deutsche Menschen getreu ihres Glaubens mit alttestamentarischem Haß. Man will Erich Priebke nicht in Freiheit sehen.“ Ähnlich das „Nationale Infotelefon Hamburg“: „In Wahrheit ist der Prozeß das Werk einflußreicher Kreise, deren Rachedurst auch 50 Jahre nach Kriegsende nicht gelöscht ist.“

„Stimmung gegen Deutschland“

Die Verhaftung und Verurteilung Priebkes wurde im gesamten rechtsextremen Blätterwald agitatorisch kommentiert.

Für „Nation+Europa“ griff zuerst der in Buenos Aires lebende Wilfred von Oven (wivo), bis Ende April 1945 Pressereferent des NS-Propagandaministers Goebbels, zur Feder; ihm folgte der einstige NPD-Chefideologe Rolf Kosiek, nunmehr Mitarbeiter des revisionistischen Verlagskomplexes „Grabert“ im württembergischen Tübingen. Kosiek, Bundesvorsitzender der „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP), zum Fall Priebke: „Ein Paradebeispiel politischer Justiz“.

Die GFP selbst verschickt ein vierseitiges Papier mit „Informationen zum Fall Priebke. Richtigstellung und in den Medien Verschwiegendes“. Darin heißt es u.a.: „Die wochenlange außergewöhnlich

umfangreiche Berichterstattung in Deutschland stand im Zeichen einer weiteren Umerziehungswelle, die erneut Haß und Unfrieden sät und nicht der Völkerverständigung dient.“ Stattdessen, so das GFP-Mitteilungsblatt, „Das Freie Forum“, wäre es „Pflicht deutscher Stellen“ gewesen, „sich für einen deutschen Staatsbürger im Ausland einzusetzen.“

Auf der „Umerziehungswelle“ reitet auch ein Friedrich Finke in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) vom „Grabert-Verlag“: „Da in der ersten Hälfte des Jahres 1996 anscheinend kein Jubiläumsanlaß zu finden war, der medienwirksam im Sinne der Umerziehung genutzt werden konnte (...), mußte ein anderer Grund herhalten, um weltweit die Stimmung wieder einmal gegen Deutschland anzuheizen.“

Das Vierteljahresheft „Recht und Wahrheit“, gegründet von dem Altnazi Otto Ernst Remer, feierte Priebke, da sich dieser „erhebliche Verdienste um die (...) deutsche Kolonie“ in Bariloche erworben hatte.

Ins gleiche Horn stößt der monatlich erscheinende „Der Freiwillige“, die Lieblingslektüre einstiger SS-Kämpfer; dieser urteilte über Priebke: „Er war sich keiner Schuld bewußt“.

Auf Sympathie stößt Priebke auch in der „Deutschen National-Zeitung“ aus dem Hause des DVU-Chefs Gerhard Frey: „Bewunderungswürdig ist die Haltung, die der (...) ehemalige deutsche Hauptmann Erich Priebke (...) auch vor der italienischen Justiz zeigt.“

Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ weiß seiner Leserschaft von Verehrerbriefen an Priebke mit Anreden wie „Ehre sei Dir, tapferer Soldat vom Orden der SS“ zu berichten.

Schließlich noch Kai Guleikoff, von 1968 bis 1979 Berufssoldat der NVA, nunmehr Archivleiter der „Jungen Freiheit“ (JF): „Die Hysterie der Öffentlichkeit zeigt (...), daß der Zweite Weltkrieg immer noch nicht beendet sein soll.“ (JF) Anton Maegerle

HINWEIS

In eigener Sache

Alfred Mechttersheimer weist uns darauf hin, daß er bei der DAV-Generalversammlung nicht, wie von uns berichtet (BNR Nr. 14 vom 9. Juli 1997, S.4) körperlich zugegen war. Dem Vernehmen nach wurde sein Grußwort verlesen.

Neoliberalismus und Standortnationalismus

Unternehmen Deutschland

In der Debatte um den Standort Deutschland nähern sich neoliberale und marktradikale Positionen und die der extremen Rechten zunehmend einander an. Im Mittelpunkt stehen heute nicht mehr Volk, Nation und Familie, sondern Markt, Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/76, verstärkt nach der liberal-konservativen „Wende“ im Herbst 1982 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 stößt der vormals zum „Modell Deutschland“ emporstilisierte Sozialstaat auf eine Fundamentalkritik, die seinen Nutzen für die Volkswirtschaft bestreitet, massenhaften Leistungsmißbrauch wittert und statt der öffentlichen „Rundumversorgung“ für mehr private Eigenvorsorge plädiert. Man könnte von einer Krise des Sozialen sprechen, die in der Bundesrepublik zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung, jedoch nicht zum Ende des Wohlfahrtsstaates führte. Ausgehend von rezessiven Tendenzen, veränderten sich die Strategie der Wirtschaftseliten, die Richtung der Regierungspolitik und die (gesellschafts)politische Kultur des bis dahin auf Reform, mehr Lebensqualität und sozialen Ausgleich orientierten Landes.

Abkehr vom Wohlfahrtsstaat

Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten ergaben sich für einen liberalkonservativen „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates hierzulande besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik erlaubten es, Einschnitte in Leistungsgesetze mit „finanziellen Lasten der Einheit“ zu rechtfertigen und „Solidarität“, einen historischen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen. Offenbar lag es nicht nur für die sog. Neue Rechte, sondern auch für Teile der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Eliten nahe, das vereinte Deutschland im Gegensatz zur „alten“ Bundesrepublik wieder als National- und weniger als Sozialstaat zu begreifen.

Das soziale Klima der Bundesrepublik hat sich nicht zuletzt im Gefolge des DDR-Beitritts und der

damit verbundenen Kostenlawine verschlechtert und den Umgang mit Armut negativ beeinflusst: Nie zuvor wurden ethnische Minderheiten, Obdachlose und Bettler/innen so repressiv behandelt, von vielen Stadtverwaltungen bzw. staatlichen Ordnungshütern dermaßen rigoros aus der Öffentlichkeit vertrieben und so stark eingeschüchtert wie heute. Diese soziale Kälte hat nicht nur zur Hitze jener Welle rassistisch motivierter Brandanschläge beigetragen, die das vereinte Deutschland erschütterte, vielmehr auch Wohlstandschauvinismus und Neue Rechte dauerhaft gestärkt.

Während der 80er Jahre fand eine Konvergenz von (Neo-)Konservatismus und Rechtsextremismus im Hinblick auf Bürokratie- und Sozialstaatskritik statt, wodurch es schwerer wurde, Positionen der einen oder der anderen Gruppierung zuzuordnen. Es war wie bei Klassenarbeiten in der Schule: Neokonservatismus/-liberalismus und Rechtsextremismus/-populismus näherten sich auf diesem Feld so weit, daß nicht mehr ersichtlich ist, wer von wem abschreibt. Neurechte Argumentationsmuster fanden Eingang in die Propaganda des Liberal-konservatismus, Monetarismus à la Milton Friedman und Marktradikalismus in das Denken rechts-extremer Politiker und Parteien.

Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Hauptprotagonist der ökonomischen Staatsintervention und sozialer Prozeßsteuerung. Paternalismus, Protektionismus und (Sozial-)Patriotismus prägten seine Wirtschafts- bzw. Gesellschaftspolitik. Der modernisierte Rechtsextremismus, Neue Rechte genannt, hat mit dem „alten“ Faschismus jedoch nur noch wenig gemein und ist gar nicht vorstellbar ohne den Bezug auf die marktradikalen Parolen des Neoliberalismus. Die rechte Wertetrias bilden nicht mehr Volk, Nation und Familie, sondern Markt, Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherheit.

„Lasten der Einheit“

Im Übergang zu den 90er Jahren radikalisierte sich die rechte Sozialstaatskritik weiter. Bald stand das verfassungsrechtliche Sozialstaatsgebot zur Disposition, ein solidarischer Gesellschaftsentwurf nicht mehr zur Diskussion. Konservative Wirtschaftspublizisten geißelten nicht nur die permanente Wohlfahrtsexpansion und die „Kostenexplosion“ des Sozialsystems zur Zeit der SPD/FDP-Koalition, sondern auch die Regierung Kohl/Genscher, der nach anfänglichen Sparerfolgen und zeitweilig sinkender Sozial- und Staatsquote zumindest keine dau-

erhafte Konsolidierung des Bundeshaushaltes gelungen sei.

Durch eine Skandalisierung des Leistungs- mißbrauchs und Dramatisierung der anstehenden Probleme (angeblich drohender „Kollaps“ der Renten- und Krankenversicherung aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung) wurde ein politisches Klima erzeugt, in dem die Kürzung für Millionen Menschen existenznotwendiger Sozialleistungen durchsetzbar war.

Asyldiskussion als Ablenkung

Nach dem Zusammenbruch der DDR fand in ganz Deutschland eine Rückbesinnung auf die nationale Tradition statt. Durch den Zusammenbruch und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, die es erlaubten, geplante Kürzungsmaßnahmen mit den „Lasten der Einheit“ zu begründen, ergab sich die Möglichkeit, soziale Leistungsgesetze erstmals in größerem Umfang anzutasten. Der im Kalten Krieg verbreiteten Angst vor „Unterwanderung“ durch revolutionäre Sozialisten und Kommunisten folgte ab 1989/90 die Furcht vor einer „Überfremdung“ durch Arbeitsmigrant(inn)en und „Asylanten“. Systematisch wurde die Angst vor einer massenhaften Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte (Asyldebatte) und vor der Abwanderung einheimischen Kapitals (Standortdiskussion) geschürt.

Die deutsche Asyldiskussion erfüllte Ablenkungs-, Entlastungs- und Legitimationsfunktionen, indem sie die Probleme der Vereinigung genauso überdeckte wie politische Fehler und Versäumnisse der Regierung, das geistige Klima für eine Grundgesetzänderung schuf, mit der sich die Bundesrepublik gegenüber Flüchtlingen abschottete, und als Generalprobe für die Einschränkung demokratischer und sozialer Grundrechte wirkte. Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, das am 1. November 1993 in Kraft trat, wurden die Mindeststandards für den Lebensunterhalt gesenkt und generelle Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen vorbereitet. Die zum Teil hysterische Asyldebatte hat ihren Urhebern gezeigt, wie man mittels einer über mehrere Jahre hinweg geradezu kampagnenartig geführten Mißbrauchsdiskussion das Feld für eine Rücknahme elementarer Rechtspositionen und sozialer Leistungsansprüche quantitativ durchaus bedeutender Minderheiten der Gesellschaft bereiten kann.

Liberalkonservative Politiker und neoliberale Publizisten nahmen den Sozialstaat argumentativ in die Zange: von der Finanzierungs- wie der Aus-

gabenseite. Sie geißelten die Höhe der Personalzusatz- bzw. Lohnnebenkosten als Hemmschuh für die deutsche Volkswirtschaft, durch den diese auf dem Weltmarkt zurückfalle, und skandalisierten gleichzeitig den Mißbrauch von Sozialleistungen (zuerst durch Asylbewerber/innen, später auch durch einheimische Leistungsbezieher).

In der Diskussion über die „Vergreisung“ Deutschlands und damit vorgeblich verbundene Probleme für die Gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wurden beide Argumentationsstränge zusammengeführt, Kosten und Leistungen des Wohlfahrtsstaates gemeinsam ins Visier genommen. Erneut mußte die Demographie als Mittel politischer Demagogie herhalten: Hatte man im Rahmen der Asyldiskussion die Angst vor einer „Überflutung“, -bevölkerung bzw. „-fremdung“ geschürt, so wird im Rahmen der gegenwärtigen Sozialstaatsdiskussion die Angst vor der Entvölkerung bzw. „Vergreisung“ Deutschlands benutzt, um den (potentiell) Betroffenen drastische Leistungskürzungen plausibel zu machen. Oftmals beschworen dieselben Personen, denen das Boot seinerzeit als zu voll erschienen war, das Schreckbild einer menschenleeren Bundesrepublik herauf, in der niemand mehr das Geld für die Renten aufbringt. Statt seriöser Berechnungen, die mit mutmaßlichen Änderungen der Altersstruktur verbundene Entlastungen etwa bei der Kriegsopferversorgung sowie im Bildungs-, Kinder- und Jugendhilfebereich berücksichtigen müßten, dominieren wahre Katastrophenmeldungen, apokalyptische Visionen und soziale Horrorszenarios. Durch entsprechende Berichte in den Medien wurde der Eindruck erweckt, als müßten alle „den Gürtel enger schnallen“, materiellen Verzicht üben und Reallohnverluste hinnehmen, um Deutschlands Spitzenstellung auf den Weltmärkten zu halten.

Demagogisch geschürte Ängste

Für die Rechtsextremisten, denen durch im Gefolge der Grundgesetzänderung sinkende Zahlen von Asylbewerber(inne)n die politische Munition ausging, bot sich nach lauter Mißerfolgen im sog. Superwahljahr 1994 eine Verlagerung ihrer Propaganda auf die sozialen Probleme der Ost- und Westdeutschen geradezu an, zumal ihnen die Verbindung mit dem Thema „Ausländer“ im Rahmen der Armutskritik leichtfiel. Vor allem die REPUBLIKANER sind längst keine „Ein-Thema-Partei“ mehr, sondern greifen zum Teil sehr geschickt existentielle Probleme und Sorgen der Bevölkerung,

etwa Arbeitslosigkeit, Mietwucher oder Wohnungsnot, auf und deuten sie nationalistisch um.

REPublikaner, DVU und NPD verstehen sich als „Sprachrohr“ sozial Benachteiligter. Es geht ihnen nicht um die mühsame Aneignung von Problemlösungskompetenzen, sondern ausschließlich um eine möglichst viele Wähler/innen mobilisierende Art der Demagogie. Sowohl die DVU wie auch die REPublikaner wenden sich agitatorisch gegen „Sozialabbau“ und die Kürzung staatlicher Leistungen (für deutsche Familien). Während die DVU glauben machen wollte, daß die sozialen Systeme einzig unter der Last sozial schwacher Ausländer zu kollabieren drohen, begannen die REPublikaner bald, sozialpolitische Fragen unabhängig von der ethnischen Ausgrenzung zu erörtern.

Perspektivisch hängt der Erfolg rechtsextremer Parteien primär von ihrer Fähigkeit ab, einer weiteren Entfesselung der Marktkräfte, einem Rückbau des Wohlfahrtsstaates bzw. einer Verabsolutierung der individuellen Leistung das Wort zu reden und die im selben Maße wachsende Arbeitslosigkeit und Armut als Werk „sozialistischer Gleichmacherei“ hinzustellen, ohne durch diesen argumentativen Spagat unglaublich zu werden. Die populistische Doppelstrategie besteht darin, einerseits die „Auswüchse des Wohlfahrtsstaates“ und die Entmündigung der Bürger durch die (Sozial-)Bürokratie zu beklagen wie auch Verarmungsprozesse und sinkende Unterstützungsleistungen für (deutsche) Bedürftige, kinderreiche Familien und Rentner als „Sozialabbau“ anzuprangern. Man läßt zwar kein gutes Haar am Wohlfahrtsstaat, spielt sich jedoch als „soziales Gewissen“ der Nation auf.

Nicht mehr das (deutsche) Volk, sondern der (kapitalistische) Markt rückt heute in den Mittelpunkt rechtsextremer Wirtschafts- und Sozialpolitik: Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienste, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, mit der die Zukunft des „Standortes D“ gesichert werden soll. Dieser beherrscht das rechtsextreme Denken, worin sich Wohlstandschauvinismus, Kulturrassismus (Überlegenheitsdünkel gegenüber angeblich minderwertiger Technologie und Ökonomie fremder Länder bzw. Kontinente) und Standortnationalismus miteinander verbinden.

Ihre – meist wirtschaftspolitisch begründete – Frontstellung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat ver-

bindet die „alte“ und die sog. Neue Rechte wie auch den Neoliberalismus miteinander. Organisationen wie der Bund Freier Bürger (BFB) und die REPublikaner haben längst „erkannt, daß der Neoliberalismus sowohl eine ideologische Basis für autoritär-antidemokratische politische Konzeptionen als auch ein in breiten gesellschaftlichen Kreisen anerkanntes politisch-ökonomisches Modernisierungskonzept darstellt, dessen sozialphilosophische Grundlage breiten Raum für mögliche Interpretationen zuläßt.“ (Herbert Schui u.a., Wollt ihr den totalen Markt? - Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997, S. 152)

Zukunft des „Standortes D“

Zwischen dem Neoliberalismus, der wirtschaftspolitischen Basisideologie des Marktradikalismus, und dem modernisierten Rechtsextremismus, verkörpert durch die deutschen REPublikaner unter Dr. Rolf Schlierer, aber auch Parteien wie die FPÖ eines Jörg Haider oder den Front National von Jean-Marie Le Pen, gibt es mehr substantielle Übereinstimmungen als Unterschiede. Wenn man so will, bildet die rechtsextreme Programmatik im Wirtschafts- und Sozialbereich eine radikalisierte Variante des Neoliberalismus. Für die REPublikaner ergibt sich aus dieser Geistesverwandtschaft der Vorteil geringerer politischer Isolation bzw. größerer Salonfähigkeit.

Statt des völkischen dominiert im rechten Lager gegenwärtig ein Standortnationalismus, der sich auf folgende Überlegungen stützt: Deutschland kann als ökonomische Macht und als politisches Subjekt wieder Weltgeschichte schreiben, wenn es als Unternehmen begriffen, nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt und mit modernsten Managementtechniken betrieben wird. Aufgrund seiner Adaption neoliberaler Ideologeme verfügt der Rechtsextremismus heute zum ersten Mal nach 1945 über eine „moderne“ Programmatik, die nicht nur dem gesellschaftlichen „Mainstream“ entspricht, sondern auch mit den Interessen einflußreicher Gruppen bzw. Strategiekonzepten von politischen, Wirtschafts- und Verwaltungseliten korrespondiert. Obwohl ihr noch das Image der „Ewiggestrigen“ anhaftet, versucht die sog. Neue Rechte, sich an die Spitze des gesellschaftlichen Fortschritts zu setzen, was ihr um so leichter fällt, als sie – im Unterschied zu den etablierten Kräften des politischen Systems – die unsozialen Konsequenzen von Marktradikalität und Wettbewerbswahn nicht scheut.

Wenn der bürokratische Wohlfahrtsstaat die Marktwirtschaft daran hindert, ihre Dynamik voll zu entfalten, wie die neoliberale Ideologie behauptet, stehen Demokratie und Parlamentarismus letztlich gleichfalls zur Disposition, auch wenn bürgerliche Ökonomen, Politiker und Publizisten vor diesem Schritt – im Unterschied zum modernisierten Rechtsextremismus – bislang zurückscheuen. Daß der traditionelle Bezug auf das Volk gegenüber der Fixierung auf die Standortsicherung an Bedeutung gewinnt, liegt an einer Umorientierung des Rechtsextremismus, der sich als konsequentester Kritiker und als eigentlicher Retter des Sozialstaates zu profilieren sucht (vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u. a., Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997).

Während der Rechtsextremismus so etwas wie eine neoliberale Wende vollzieht, zeichnet sich eine politische Rechtsentwicklung des Liberalismus ab, der seine soziale Ausrichtung verliert, auf die Hervorhebung der Bürgerrechte verzichtet und zur ökonomistischen Ein-Punkt-Bewegung (FDP als bloße „Steuersenkungspartei“) verkommt. Gleichzeitig findet eine ideologische Metamorphose des Nationalismus statt: Als geistiges Bindeglied zwischen dem etablierten Konservatismus und dem Rechtsextremismus fungiert ein Standortnationalismus, worin sich die traditionelle „Sorge um das deutsche Vaterland“ mit dem neoliberalen „Wettbewerbswahn“ paart und sich zwecks Verteidigung des eigenen Wirtschaftsstandortes um das Schlüsselwort einer „Globalisierung der Märkte“ schart.

Christoph Butterwegge

Deutsche Unternehmen öffnen ihre Archive

Firmen- dämmerung

Die Bestände seien im Hagel alliierter Bomberverbände vernichtet worden. Die Rote Armee habe bei der Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands die Archive beschlagnahmt. Die meisten Dokumente hätten das Ende des Zweiten Weltkrieges nicht überstanden. Viereinhalb Jahrzehnte wurden Öffentlichkeit und Forschung mit solchen Scheinargumenten abgespeist, damit nur ja nicht ans Tageslicht kam, wie tief große deutsche Konzerne in das Naziregime verstrickt waren, wie schnell und freiwillig sie sich in die Dienste der braunen Herrscher gestellt haben – aus Opportunismus oder um noch größere Gewinne zu machen. Spätestens 1935 lief schließlich alles auf einen Krieg hinaus, und die dann winkenden Geschäfte wollte sich kaum jemand entgehen lassen.

Einer der ersten Konzerne, die reinen Tisch zu machen begannen, war Volkswagen. Lange vor dem Ende der DDR hatte der Vorstand den deutschen Zeithistoriker Hans Mommsen beauftragt, die Geschichte des Wolfsburger Giganten aufzuschreiben – unbehindert vom Auftraggeber. Hier wollte nun die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. nachfassen. Deshalb lud sie kürzlich zu einer großen Tagung nach Frankfurt am Main ein – al-

lerdings nicht in das schwerstbelastete IG-Farbenhaus, sondern in den „Pölzig-Bau“ – genannt nach dem Architekten des Gebäudes und deshalb äußerlich unverdächtig. Daß VW in Frankfurt vertreten war, wunderte niemanden. Man hat schließlich seine Hausaufgaben gemacht (Hans Mommsen: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im „Dritten Reich“, Econ Verlag). Der Versicherungsgigant Allianz hatte gleichfalls Repräsentanten geschickt. Auch das nicht verwunderlich. Schließlich steht Allianz seit kurzem im Fadenkreuz US-amerikanischer Anwälte. Sie bereiten ähnliche Klagen gegen deutsche Versicherungsunternehmen vor wie jene, die seit dem 31. Juli d. J. von einem Gericht in New York gegen drei Schweizer Banken geprüft werden. Allianz hat sogar mittlerweile eine weltweit funktionierende kostenlose Hotline eingerichtet, um Entschädigungsansprüche von Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen entgegenzunehmen. Auch Mercedes-Benz, Fiat, Strabag sowie andere und sogar die Deutsche Bank waren in Frankfurt vertreten. Bei dieser Großbank tut sich derzeit einiges. Historiker untersuchen seit kurzem die Rolle der Deutschen Bank in der NS-Zeit. Vorstandsmitglied Bernhard Walter sagte jetzt in einem Gespräch mit der Zeitschrift TRIBÜNE zur Geschichte dieser Bank zwischen 1933 und 1945: „Wir stellen uns ihr durchaus und verleugnen sie nicht. Jeder in unserem Hause muß zu diesem Kapitel stehen, auch wenn er der Nachkriegsgeneration angehört.“ Am Ende der Tagung meldeten sich beim Veranstalter mehr als 20 Firmen, die sofort ihre Archive öffnen wollen, um diese zwölf

Jahre untersuchen zu lassen.

Zu diesen Unternehmen gehört auch Degussa, die größte Edelmetall-Scheideanstalt Europas. Michael Jansen, der Generalbevollmächtigte von Degussa, kündigte an, zusammen mit dem Jüdischen Weltkongress den Verbleib jüdischen Besitzes klären zu wollen. Degussa ist eines jener Unternehmen, die es jahrzehntelang den berühmten drei Affen nachgemacht haben: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Dabei spricht einiges dafür, daß Degussa Zahngold und Eheringe von Juden eingeschmolzen sowie Gold und Silber aus jüdischem Besitz gekauft hat. Degussa soll auch eng mit der Verwaltung des Ghettos von Lodz zusammengearbeitet haben – dem größten Ghetto, das es während der NS-Zeit überhaupt gab mit ungezählten Fabriken im Dienst der Wehrmacht und der deutschen Zivilverwaltung.

Im Entschädigungstiefschlaf

Wer jetzt seine Archive öffnet, tut dies zwar freiwillig, aber dennoch kaum ohne moralischen Druck. Der kommt seit Mai dieses Jahres aus England und den USA und richtete sich ursprünglich gegen Schweizer Banken. Aus in London entdeckten Akten ging hervor, daß Banken in der Schweiz mit Vermögen von Holocaust-Opfern riesige Gewinne gemacht zu haben schienen. „Namenlose Konten“ waren offenbar schlicht in den Besitz der Institute übergegangen. Weil Versuche eines Labour-Abgeordneten im Londoner Unterhaus, weitere Dokumente zu bekommen, am britischen Datenschutz scheiterten, wandte er sich an den US-Senat und fand in Senator D’Amato einen bereitwilligen Helfer. Sein Erfolg bei den Banken in der Eidgenossenschaft war anfangs freilich eher kümmerlich. Man könne, so hieß es in den Bankenmetropolen, keine „namenlosen Konten“ finden. Das war im Mai d. J. D’Amato ließ aber nicht locker. Er spürte Überlebende und deren Nachkommen auf, die nach der Befreiung versucht hatten, in der Schweiz an eigenes Vermögen oder das ihrer Eltern zu kommen. Vergeblich. Hin und wieder wurden sogar Totenscheine verlangt. Totenscheine aus NS-Vernichtungslagern – ein Hohn. Weil alle Restitutionsversuche scheiterten, resignierten die Anspruchsberechtigten. Sie schöpften erst wieder Mut, als vor wenigen Monaten Schweizer Banken wegen ihrer Geschäfte mit Nazi-Deutschland ins internationale Gerede kamen. Die Vorwürfe gipfelten in der – u. U. sogar zutreffenden – Behauptung, die Schweiz habe den Zweiten

Weltkrieg verlängert, weil Nazideutschland nur über die Schweiz unentbehrliche Rohstoffe wie etwa Wolfram erhalten habe. Nun geriet die Alpenrepublik ins Fadenkreuz. Die wenigen Überlebenden versuchten es noch einmal, Rechtsanwälte boten ihre Dienste an. Am 31. Juli dieses Jahres begann schließlich die Anhörung vor einem New Yorker Gericht.

Wie die legendären drei Affen

Um sich ein wenig von dem Druck zu befreien, hatten die Banken kurz zuvor weltweit in 27 Ländern eine lange Liste mit den Namen von 1 872 ausländischen Kontoinhabern veröffentlicht. Die eilig und leichtfertig zusammengebastelte Liste geriet allerdings zu einem Bumerang. Nur ein Fünftel der Konten könnte Juden gehört haben, während die Mehrheit gewöhnliche Bankkunden waren. Das Bankgeheimnis, Aushängeschild Schweizer Diskretion, ist ins Wanken geraten. Andererseits enthält die Liste Namen von Leuten, die ihre Konten lange nach Kriegsende eingerichtet haben. Das Chaos ist perfekt, die Blamage desgleichen, ein Ende der Affäre nicht in Sicht. Sollte das Gericht in New York die Klage zulassen, dürfte die Luft in Schweizer Chefetagen dünn werden. Denn dann hat die Justiz in den USA Zugriff auf die Filialen jener Geldinstitute in den Vereinigten Staaten.

Dem wollte die Allianz-Versicherungs AG wohl vorgreifen. Für die Bundesregierung kündigt sich mit der New Yorker Klage gleichfalls eine neue Situation an. Am Tag des Prozeßbeginns hat der Auswärtige Ausschuß des US-Senats die Regierung in Bonn aufgefordert, die noch lebenden Opfer des Holocaust in Mittel- und Osteuropa angemessener und unbürokratisch zu entschädigen. Viele dort lebende NS-Opfer hatten während des Kalten Krieges nichts bekommen. Senator Patrick Moynihan sprach von etwa 125 000 Anspruchsberechtigten. Gleichzeitig hielt er der Bundesregierung vor, z. B. an baltische ehemalige SS-Leute Pensionen und Renten zu zahlen. Nun muß Bonn reagieren. In der Bundesrepublik ist der Regierung diese Praxis schon oft vorgehalten worden, freilich ohne Erfolg. Da zeigen sich Übereinstimmungen zwischen Bonn und Bern. Druck von innen bewirkt wenig. Druck von außen viel. Die Schweizer Banken sind wacherüttelt worden, Bonn muß gleichfalls aus seinem Entschädigungstiefschlaf gerissen werden. Die wenigen Überlebenden haben Ansprüche – nicht mehr lange, weil Tag für Tag einige sterben. Unentschädigt, krank, verbittert.

Heiner Lichtenstein

Verfassungsschutz in den Ländern

Wachsende Gewalt in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt ist im ersten Halbjahr 1997 die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten mit 463 Vorfällen (153 mehr als in den ersten sechs Monaten 1996) um rund die Hälfte angestiegen; darunter ein Tötungsdelikt, ein Fall versuchter Tötung und 28 Fälle von Körperverletzung. Dies geht aus einer Presseerklärung vom 23. Juli hervor, die das Innenministerium aufgrund einer Anfrage im Landtag veröffentlichte. Die Zunahme der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten müsse „mit Sorge beobachtet“ werden, so Innenminister Walter Püchel (SPD).

Im Berichtszeitraum des Verfassungsschutzberichts für 1996 wurden 865 rechtsextremistische Straftaten (1995: 849) registriert. Rückläufig waren allerdings die Gewalttaten mit 41 (1995: 76) Vorfällen, überwiegend aus fremdenfeindlicher Motivation (26: gegenüber 39 im Vorjahr), darunter drei versuchte Tötungsdelikte, ein Brandanschlag und 18 Körperverletzungen (von insgesamt 27). Rückläufig waren auch die antisemitischen Straftaten (31 gegenüber 42), darunter eine Gewalttat. Auffällig ist weiterhin der hohe Anteil von Jugendlichen unter den 453 bekanntgewordenen rechtsextremistischen Straftätern: 33 Prozent sind jünger als 18 Jahre, 34 Prozent zwischen 18 und 20 Jahren alt. Lediglich 10 Prozent der mutmaßlichen Straftäter waren älter als 25.

Die Zahl der militanten Rechtsextremisten liegt in Sachsen-Anhalt unverändert bei 600 Personen, die meisten davon Skinheads. Im neonazistischen Spektrum sind insbesondere die von Brandenburg aus agierenden „Nationalen“, die mit ihnen verbandelte, mitunter gewalttätige „Kameradschaft Elbe-Ost“ (hervorgegangen aus der „Kameradschaft Wittenberg“) mit rund 80 Anhängern (Ex-FAP-Mitglieder und Skinheads) sowie die seit Ende 1995 im Raum Halle wirkende, unter dem Einfluß der „Nationalen“ stehende „Volkstreue Bewegung“, auch „Bürgerbewegung Halle/Saale e.V.“, aktiv. Anknüpfungspunkte ergeben sich zu dem lose strukturierten Aktionsbündnis „Harzfront“ (tritt z. T. unter „Harzer Heimatschutzbund“, „Aufbruch“, „Unabhängiger Arbeitskreis“ oder „Bürgerkomitee für Meinungsfreiheit“ auf) des Neonazi-Strategen Steffen Hupka (Quedlinburg), der auch Landesbeauftragter und Bundesvorstandsmitglied der NPD-Nach-

wuchsorganisation JN ist.

Kaum mehr von Bedeutung sind die rechtsextremistischen Parteien: die „Republikaner“ verfügen noch über 250 Mitglieder (1995: 450; 1993 waren es immerhin noch 800), die NPD halbierte ihre Gefolgschaft auf 30, DVU und DLVH gehören jeweils ebenso noch 30 Getreue an (1995: 50).

Aufwind für NPD in Sachsen

Die bundesweit von Schwindsucht geplagte NPD scheint in Sachsen an Boden zu gewinnen. Für Innenminister Klaus Hardrath (CDU) ist die NPD die „aktivste rechtsextremistische Organisation“, die sich zum Sammelbecken entwickle. Laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1996 konnte die NPD im Berichtszeitraum einen Mitgliederzuwachs um 50 Prozent auf 300 Personen verbuchen und die Zahl ihrer Kreisverbände auf 9 erhöhen. Der Trend scheint sich indes fortzusetzen: Eigenangaben zufolge verfügt die NPD im Freistaat aktuell über 14 Kreisverbände und eine weitere Neugründung soll bevorstehen. Nach Ansicht der Verfassungsschützer sei die Partei zunehmend „Schnittstelle“ in das neonazistische Lager. Die lose in Kameradschaften strukturierte Szene bilde ein ideales Rekrutierungsreservoir für NPD und „Junge Nationaldemokraten“, umgekehrt bemühe sich die NPD um die Vernetzung mit den Kameradschaften, beispielsweise der „Sachsenfront“. Neben der NPD gelten noch „Die Nationalen“ mit ihrer Jugendorganisation JNA und der „Nationale Jugendblock Zittau“ (NJB) als Auffangbecken und Forum für Neonazis und Skinheads. Der Verfassungsschutz konstatiert in zunehmendem Maße auch eine organisatorische Aufrüstung der Skinheadszene. Aktiv seien hier insbesondere die „Blood & Honour“-Bewegung, punktuell auch die „Hammer-Skins“, die ideologischen Einfluß auf die gesamte Szene ausübten.

Zum rechtsextremistischen Spektrum in Sachsen werden 2.325 Personen gerechnet: Parteien wie NPD, DVU und REP zusammen etwa 1.400, Neonazis 175 und militante Rechtsextremisten einschließlich rechte Skinheads rund 800 Dazugehörige.

Die rechtsextremistischen Straftaten sind im ersten Halbjahr 1997 um 41 % (623) und im Berichtszeitraum um ein Drittel (1993; 1995: 750) angestiegen. Häufiger wurden auch Gewalttaten begangen (89; 1995: 70), darunter 52 aus fremdenfeindlicher Motivation. Bemerkenswert ist, daß die Täter offensichtlich immer jünger werden: Von 920 Tatverdächtigen waren drei Viertel noch keine 21 Jahre alt.

G.N.

KOMMENTAR

Wahlkampf- thema Kriminalpolitik

Angst vor Straftaten ist keine ungewöhnliche menschliche Empfindung, sie steigt erfahrungsgemäß mit wachsendem Lebensalter. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf ein vor Gewalt - und anderen kriminellen Einwirkungen - geschütztes Leben. Dieses Bestreben ist unabhängig von politischen Präferenzen und so ist nicht unverständlich, daß das Eintreten für Sicherheit in der politischen Werbung einen hohen Stellenwert hat. Verstärkt wird dieser erfahrungsgemäß in Sommerlöchern, in denen sich Politiker oft auf den Weg der politischen Profilierung zu machen pflegen; beispielsweise will Verteidigungsminister Rühe jetzt Rechtsextremisten nicht mehr zur Bundeswehr zulassen. Den in solchen Zusammenhängen gegebenen Interviews, Erklärungen etc. ist eigen, in einer kräftigen Sprache zu erfolgen. Eine besondere Eigenart des Sommerloches ist desweiteren, daß man die in dieser Zeit abgegebenen Erklärungen vielfach nur bruchstückhaft zur Kenntnis nimmt, um dann entsprechend hart reagieren zu können.

Deshalb ist die Aufregung um das Interview des niedersächsischen Ministerpräsidenten am 20. Juli 1997 in der Bild am Sonntag nur bedingt nachvollziehbar: Niemand kann bestreiten, das sich nach der Neuordnung in Europa auch neue Formen von Kriminalität entwickelt haben, unter denen wir Deutschen, an der früheren Trennlinie liegend, besonders leiden. Wenn Gerhard Schröder schnelle Abschiebungen fordert, so mag das populistisch klingen, es widerspricht aber nicht der Rechtslage: im übrigen ist, unbestreitbar, die Praxis von Abschiebungen nicht in jedem Falle vermittelbar. Ob deshalb, wie es MP Stoiber flink fordert, eine Gesetzesänderung nötig ist, erscheint zweifelhaft. Wenn Schröder, auf die wachsende Zahl von Straftaten jugendlicher Täter angesprochen und auf die polemisch nachge-

fragte angebliche Lachheit im Strafvollzug, gerade auf Modelle verweist, bei denen Jugendlichen eine Ausbildung vermittelt wird, so ist dagegen im Zweifelsfall wenig zu sagen.

Ähnlich undifferenziert ist auch mit einem Interview des CDU-Rechtspolitikers Erwin Marschewski umgegangen worden, der sich speziell um Täter aus dem Rechtsextremismus sorgt. Seine Hauptforderung, die allerdings erst als fünfte in einem Interview der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 11. 8. 1997 aufgeführt wird, lautet: „Um das Abdriften von Jugendlichen vor allem aus der Skinhead-Szene ins rechtsextremistische Lager schon im Vorfeld zu verhindern, müssen die nach dem Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz vorgesehenen familienunterstützenden und familienergänzenden Hilfen ausgebaut werden. Dazu zählen insbesondere die Beratungsangebote zur Erziehung. Aber auch Eltern, Kindergärten, Schulen und Medien müssen wieder verstärkt ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen. Die entscheidende Vorsorge gegen Extremismus und Gewalt besteht in einer wertorientierten Erziehung, in deren Mittelpunkt die Geltung von Menschenwürde und Recht steht.“ Dies ist eine Aussage, die man nur mißverstehen kann, wenn man dem Vorschlag unredliche Motive unterstellt. Dies aber wäre wiederum unredlich, selbst wenn man Aussagen an anderer Stelle des Interviews für zweifelhaft hält. So ist es nicht unbedingt Sache der Politik, Richtern vorzuschreiben, wie sie Täter abzuurteilen haben und welche Sanktion sie für die zweckmäßige halten. Man kann aber durchaus darüber diskutieren, ob „das Grundprinzip des Jugendgerichtsgesetzes, daß bei jungen Kriminellen statt der Bestrafung die Erziehung zu einem straffreien Leben im Vordergrund stehen muß“, in jedem Falle „der Lebenswirklichkeit gerecht wird“.

Angesichts des bedrohlichen Anwachsens der rechtsextremen Szene, ihrer zunehmenden Bewaffnung und technischen Kommunikation bedarf jedenfalls der vom Sprecher der CDU/CSU-Fraktion angekündigte Gesetzentwurf einer gründlichen Erörterung.

Klaus-Henning Rosen

Tagebuch

Berlin – Der im Mai 1995 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilte Neonazi Arnulf Priem ist seit kurzem im offenen Vollzug und kann seine Haftstrafe im Freigang und mit Urlaubswochenende verbringen. Dies berichtete die TAZ in ihrer Berliner Lokalausgabe. Der gelernte Industriekaufmann Priem war im August 1994 festgenommen worden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fanden die Beamten 220 Gramm Sprengstoff, Molotowcocktails sowie scharfe Waffen und Munition. Die Anklageschrift umfaßte neben dem illegalen Waffenbesitz insgesamt 15 Punkte, darunter die „Bildung eines bewaffneten Haufens“ und die Verwendung von Nazisymbolen. Bei der Festnahme Priems in dessen Wohnung war auch der angeklagte Polizistenmörder Kay Diesner zugegen. Nach Eigenangaben will sich Priem zukünftig nur noch als Hühnerzüchter betätigen.

Berlin/Köln – Die Gefahr durch rechtsextreme Gewalt hat nach Angaben des Verfassungsschutzpräsidenten Peter Frisch wieder zugenommen. Man müsse heute von rund 6 500 militanten Rechtsextremisten, davon ein großer Teil Skinheads und nichtorganisierte Neonazis, ausgehen, erklärte Frisch am 12. August im ZDF-Morgenmagazin. Gerade bei jungen Leuten, die um ihren Arbeitsplatz bangten oder in der Gemeinschaft Halt suchten, zeige die Agitation der Rechtsextremisten ihre Wirkung. Der Verfassungsschützer plädierte dafür, das Strafrecht auch gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden konsequent anzuwenden. Für brutale Gewalttaten seien Strafen auf Bewährung fragwürdig. Hier müsse sorgfältig überlegt werden, ob nicht eine kurze, harte Strafe abschreckend wirken könne, so Frisch.

Coburg – Am 6./7. September findet im bayerischen Coburg das 21. Südafrika-Seminar des 1976 gegründeten „Hilfskomitees Südliches Afrika“ (HSA) statt. Geworben wird für die Veranstaltung in „Nation+Europa“ (NE). Vorsitzender des HSA ist seit 1994 der Geologe Olaf Dillmann aus Münster, der auch als Referent bei Jahrestagungen des rassistischen „Nordischen Rings“ in Erscheinung getreten ist. Gründungsinitiatoren des HSA, das 1992 dem „Förderverein deutscher Schulvereine“ in Namibia beigetreten ist, sind Peter Dehoust (Mitherausgeber von „Nation+Europa“) und der Neuheide Klausdieder Ludwig, deren gemeinsamer Werdegang Ende der 50er Jahre im chauvinistischen „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) begann.

Dresden – Der Leipziger NPD-Vorsitzende Joachim Hößler wurde vom Landgericht Dresden wegen NS-Propaganda und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 2.700 verurteilt. Die Staatsschutzkammer sah es als erwiesen an, daß Hößler als Fördermitglied der NSDAP/AO Propagandamaterial wie den NS-Kampfruf sowie Aufkleber mit rechtsextremen Sprüchen und Hakenkreuzen bestellt hatte, um es in Sachsen zu verbreiten. Bei der Verhandlung war als Zeuge auch der 44jährige US-Neonazi Gary Lauck als Zeuge geladen. Lauck, der zur Zeit u.a. wegen Volksverhetzung eine vierjährige Haftstrafe in Hamburg verbüßt, verweigerte vor Gericht die Aussage und wurde deshalb zu 500 Mark Ordnungsstrafe verurteilt. Er begründete sein Schweigen damit, daß er nach Deutschland verschleppt worden sei und sich hier in „Geiselhaft“ befinde. Zur Vernehmung Laucks hatten sich rund 30 Neonazis, darunter zahlreiche NPD-Angehörige aus Leipzig und Dresden im Gericht versammelt.

Düsseldorf – Das „Nationale Infotelefon Rheinland“ steht seit dem Ausscheiden von Udo Birr bei Jörg Wagner. Betreiber der NIT-Direktleitung ist ein Sven Skoda. Geoutet wurde der neue Standort des NIT vom „Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland“, c/o ASTA der FH Düsseldorf, Georg-Glock-Straße 15, 40474 Düsseldorf, Tel. 0172-2111311, Fax. 0211-452369.

Frankfurt – Unter dem Druck öffentlicher Proteste und nach Absage des als Tagungsstätte vorgesehenen Hotels hat die I.G. Farben AG (in Abwicklung) ihre für den 22. August geplante Hauptversammlung auf einen noch nicht genannten Termin verschoben. Das Arabella Congress Hotel in Frankfurt hatte der umstrittenen Gesellschaft den Saal gekündigt, weil andere Firmen sowie Gewerkschaften, die das Hotel häufig nutzen mit einem Boykott gedroht hatten, falls die I.G. Farben (i. A.) dort tagen könne. Als „einen Erfolg jahrelanger Proteste“ wertete der ehemalige Auschwitz-Häftling und IG Farben-Zwangsarbeiter Hans Frankenthal, zweiter Vorsitzender der Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik, die Absage der Hauptversammlung für den 22. August.

Hamburg/Berlin – Das „Deutsche Rechtsbüro“ (DRB; vgl. BNR 8/97) hat eine neue Merklisse „Pressehetze“ erstellt, „in der die Rechtslage zu den Themen ‘Unwahre Tatsachenbehauptungen’, ‘Beleidigende Werturteile’ (Schmähkritik) und ‘Verletzungen des Privatlebens’ sowie die gegebenen Rechtsmittel (mit zahlreichen Musterbeispielen) behandelt werden.“ Die etablierten Medien seien, so das DRB,

„häufig die unerbittlichsten, hinterhältigsten und gefährlichsten Gegner nationaler Deutscher“.

Hamburg – Neuer Chefredakteur der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ ist Elmar Schubbe, der Horst Stein, Nachfolger des 1995 verstorbenen Hugo Wellems, ablöst. Schubbe war von 1970 bis 1978 Leiter der Ressorts Innen- und Kulturpolitik beim „Rheinischen Merkur“, bis 1983 beim „Deutschland-Magazin“ und zuletzt im Privatfunk in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg tätig. Aktiv ist Schubbe bei der mitgliederschwachen „Christlichen Gewerkschaft Medien“. Ebenso ist er als Tagungsleiter von Medienseminaren des „Studienzentrums für publizistische Bildung e.V.“, des seminaristischen Arms der rechtslastigen „Aktion Funk und Fernsehen“ einschlägig bekannt.

Hamburg – Die „Deutschen Konservativen“ des Joachim Siegerist wollen im Hamburger Bezirk Wandsbek zur Wahl am 21. September antreten. Laut Siegerist würden sie „auf kleiner Ebene einfach mal den Test wagen, wie die Wähler auf eine ‘konservative Alternative’ reagieren“.

Hoyerswerda (Sachsen) – Die neonazistische Vereinigung „Die Nationalen“ hat im ostsächsischen Hoyerswerda eine neue Kameradschaft gegründet. Ihre Homepage im Internet vermerkt dazu: „Die Kameraden wollen dort in Zukunft soviel Zivilcourage zeigen, wie es die Älteren bereits 1992 getan haben, als sie ihre Wut über den immer maßloser werdenden Asylbetrug und die Hilflosigkeit der verantwortlichen Politiker auf die Straße trugen“.

Karlsruhe/Solingen – Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die Verurteilung der vier Solinger Brandstifter durch das Oberlandesgericht Düsseldorf zu langjährigen Haftstrafen bestätigt und die Revision von drei Verurteilten verworfen. Das OLG habe nach Ansicht des BGH seine „Überzeugung von der Schuld der Angeklagten ... nachvollziehbar dargestellt“. Bei dem Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genc am 29. Mai 1993 in Solingen waren fünf Menschen gestorben, 14 wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Koblenz – Der Rechtsextremist Jürgen Schützinger (44), Stadt- und Kreisrat der „Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) in Villingen-Schwenningen, kündigte in einem Schreiben an den Konstanzer Oberbürgermeister Frank (Grüne) Aktivitäten gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ an. Die Ausstellung

wird ab dem 25. Oktober für mehrere Wochen in Koblenz zu sehen sein. Schützinger, Bundessprecher und baden-württembergischer Landesvorsitzender der DLVH, hatte bereits in der Vergangenheit gegen die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung agitiert.

Köln – Nach Informationen des Kölner Stadt-Anzeigers koordiniert der Kölner Rechtsextremist Oliver Händel die gesamten Internet-Aktivitäten der „Jungen Nationaldemokraten“ und der NPD. Unter dem Pseudonym „Fliegender Adler“ soll Händel, der als „Internet-Experte“ der JN bezeichnet wird, auch im Neonazi-Mailboxnetz Thule seinen rechtsextremen Umtrieben frönen.

Königslutter – Anlässlich des zehnten Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess versuchten Angehörige der neonazistischen Szene am Samstag, den 16. August einen bundesweiten Aufmarsch in Norddeutschland. Im niedersächsischen Königslutter, wo sich rund 100 Rechtsextremisten eingefunden hatten, beendete die Polizei mit einem Einsatz nach wenigen Minuten bereits den Versuch. Zuvor waren am Hauptbahnhof von Braunschweig Neonazis mit dem Versuch gescheitert, einen Aufmarsch zu starten. Daneben fand in Dänemark in der Nähe von Roskilde ein Aufmarsch skandinavischer und bundesdeutscher Neonazis statt. Ein ausführlicher Bericht über die rechtsextremistischen Aktivitäten anlässlich des Todestages von Hess folgt in der nächsten Ausgabe des BNR.

Leipzig – Auf dem jüngsten Bundesparteitag der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) in Leipzig wurde der 37jährige DSU-Bundesvorsitzende Roberto Rink in seinem Amt bestätigt. Rink amtiert seit 1993 als Bundesvorsitzender der weitgehend im Osten aktiven rechtskonservativen Partei. Als Stellvertreter wurden Wolf-Dietrich Rost aus Leipzig, Angelika Burkhardt aus Gera und Professor Alexander von Waldow aus Eckernförde (Kreis Rendsburg-Eckernförde) gewählt. Der DSU gehören nach eigenen Angaben rund 6.000 Mitglieder an. Der einzige Landesverband im Westen besteht in Rheinland-Pfalz.

Lübeck – Beim SPD-Landtagsabgeordneten Bernd Saxe aus Lübeck fand sich Ende Juli ein Neonazi-Kettenbrief in der Privatpost. Auf 35 Seiten wird dabei antisemitische Hetze betrieben, der Holocaust geleugnet und anderes rechtsextremes Gedankengut samt NS-Verherrlichung verbreitet. Saxe hat daraufhin Strafantrag gestellt. In dem Papier wird dazu aufgerufen, eben dieses zu kopieren und im „Schnee-

ball/Lawinensystem“ weiterzuschicken. In der Broschüre sind diverse Internet-Anschlüsse als zusätzliche Informationsquellen angegeben. Zudem wird zuhauf Werbung für revisionistische Literatur gemacht, die über eine Anschrift in Belgien bestellt werden kann. Aufgeführt ist die „Stiftung VRIJ Historisch Onderzoek“ (VHO), die sich als „Europäische Stiftung zur Förderung Freier Historischer Forschung“ dreisprachig als Urheberin darstellt und postalisch in Berchem/Belgien per Postfach erreichbar ist.

Nürnberg – Wegen lobender Worte für Hitlers „Mein Kampf“ hat die Stadt Nürnberg den 36jährigen Presseamtschef Wolfgang Hübner (CSU) seines Amtes enthoben. Hübner zeichnete verantwortlich für die endgültige Textfassung des Machwerkes des 82jährigen Spätaussiedlers Adolf Bersch, der Hitlers „Mein Kampf“ als „wertvoll“ und „auch heute noch aktuell“ gelobt hatte. Der Presseamtschef lud sogar zu einer „Autorenlesung“ ein.

Prien (Obb) – Das diesjährige Jahrestreffen des revanchistischen „Witikobundes“ findet am 3. bis 5. Oktober im großen Kursaal in der bayerischen Gemeinde Prien am Chiemsee statt. Frischgebackenes Mitglied des „Witikobundes“ ist laut „Witikobrief“ (3/97) der Gymnasiallehrer Hans Mirtes, Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL), Vorsitzender des Heimatkreises Mies-Pilsen e.V.“ sowie Autor in „Nation+Europa“.

Schwarzenborn/Knüll – Der ehemalige Rechtsterrorist Manfred Roeder (68) fährt in seinem Kulturkampf gegen die christlichen Kirchen in der Bundesrepublik fort. „Die Hauptschuldigen an der Vergiftung unseres Volkes sind die führenden Herrschaften der Evangelischen Kirche, die sich 1945 auf die Seite der Sieger geschlagen und das eigene Volk in den Abgrund ewiger Schuld gestoßen haben“. Auch in den konservativen Laien- und Kirchenkreisen vermag Roeder keine Alternative zu sehen. Letztendlich sind für Roeder die Kirchen gar „Hauptschuldige an der Wehrmachtsausstellung“. Roeder

Adresse:

kündigt in seinem aktuellen Rundschreiben die Gründung von „Aktionskreisen“ – „Gruppen die nach außen tätig werden“ - an. Weiterhin steht die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ im Zentrum der Roeder'schen Agitation.

Wiesbaden – Der FDP-Rechtsaußen Heiner Kappel (vgl.S.2) wird am 15. September auf einer Veranstaltung des „Bundes Freier Bürger“ zum Thema „Freiheit, die ich meine“ im Haus der Heimat im hessischen Wiesbaden referieren.

Wittenberg – Im Internet kann das Grundsatzprogramm der „Kameradschaft Wittenberg“ auf deren Homepage abgerufen werden. Mehr als Worthülsen wie „die etablierten Parteien haben abgewirtschaftet“ und der Forderung nach Einführung eines „nationalen Sozialismus“ kann von den Kameraden allerdings nicht erwartet werden. Verantwortlich zeichnet Walter Menz, ständiges Redaktionsmitglied der „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ) und Kopf der Gefangenenhilfe der Nationalen e.V.“

Zweibrücken – Vor wenigen Wochen verstarb die 23jährige „Kameradin“ Kerstin Walk-Schneider im rheinland-pfälzischen Zweibrücken. „Sie war seit längerem in der Szene aktiv und arbeitete in ihrer Heimatstadt Zweibrücken am Aufbau einer Kameradschaft“, heißt es in einem Nachruf über das Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten“. Der Neonazi Bernd Krick von der „Sauerländer Aktionsfront“ und Macher des Skinzines „Moonstomp“ hat in Meschede ein Spendenkonto für die drei hinterbliebenen Kinder von Walk-Schneider eingerichtet.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:
Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten